

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 66 (1993)

Heft: 1

Rubrik: Pressespiegel

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Session der eidgenössischen Räte

Flugzeuginitiative zur Ablehnung empfohlen

Der Nationalrat hat mit 117 gegen 51 Stimmen und 15 Enthaltungen die GSoA-Initiative «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» zur Verwerfung empfohlen und hat auch auf die Präsentation von Gegenvorschläge verzichtet. Das Resultat überraschte nicht, hatte die grosse Kammer doch im Sommer sehr ausführlich die politischen und militärischen Vor- und Nachteile des Ankaufs von 34 Flugzeugen F/A-18 beraten und sich dann für den Ankauf ausgesprochen. Sie tat es schon damals im Wissen um die bevorstehende Volksbefragung. Die Behandlung der Initiative war deshalb nur noch der letzte verfahrensrechtliche Schritt, um das Geschäft für die Volksabstimmung freizugeben. Dennoch kam es zu einer längeren Diskussion, in deren Verlauf nur der Tessiner Lega-Vertreter Maspoli einen Gesinnungswandel signalisierte. Er habe zwar ursprünglich die Initiative unterstützt, zweifle jetzt aber an ihrer rechtlichen Gültigkeit. Im übrigen habe sich die internationale Situation in der Zwischenzeit verändert und habe das EMD zudem seinen Sparwillen überzeugend dokumentiert. Der Zürcher Sozialdemokrat Gross knüpfte an die EWR-Abstimmung und die anschliessende Klage über innere Risse und Spannungen an und meinte, seine Initiative trage zur innenpolitischen Entspannung bei. Er sprach von den Gräben, welche Privilegierte und Benachteiligte, Regionen mit viel und solche mit mässiger Arbeitslosigkeit trennten. Den sozial Schwachen bringe das neue Kampfflugzeug nicht mehr Sicherheit, weshalb das Geld besser in ihre materielle Besserstellung investiert werden. Ihm entgegenete Bundesrat Villiger mit

der Rechnung, die F/A-18 mit einer Einsatzdauer von 30 Jahren kosteten, über diese Zeit kalkuliert, 170 Millionen pro Jahr, was ein halbes Prozent des Bundeshaushaltes ausmache. Mit diesem halben Prozent könne man die von Gross erwähnten sozialen Probleme nicht lösen. Bei einer Annahme der Initiative flössen die 3,5 Milliarden ohnehin nicht in die Bundeskasse, sondern müssten für andere Beschaffungen verwendet werden, damit ein suboptimaler Schutz trotzdem gewährleistet werde.

Gross argumentierte auch, «wir könnten mit diesem Geld europa- und weltweit ungleich mehr zu unserer Sicherheit und der Sicherheit jener beitragen, die, wenn es ihnen noch schlechter geht, auch unsere Sicherheit wiederum massiv in Frage stellen würden». Der Urner Freisinnige Steinegger replizierte, «wenn die sicherheitspolitischen Vorstellungen der GSoA erfolgreich und richtig wären, dann sollten sie einmal im Konfliktfall erprobt werden». Jugoslawien dementiere indessen diese Theorien. Und auch Villiger erklärte sich überzeugt, die Menschen im ehemaligen Jugoslawien seien «Opfer einer gescheiterten zivilen Konfliktlösung nach GSoA-Muster». Gross suchte die Initiative von der unveränderten Armeebeschaffungsphilosophie seiner Gruppe abzukoppeln. Er plädierte dafür, die Gegner sollten nicht auf den Absender schauen, sondern die Meriten des Anliegens davon losgelöst beurteilen. Steinegger gab ihm zur Antwort, dass neue Begehren, das sich nicht bloss gegen die F/A-18, sondern gegen die längerfristige Erneuerung der Luftwaffe richte, sei im Grunde

noch schlimmer als die Armeebeschaffungsinitiative. Zwar werde an der Armee festgehalten und von den Soldaten die Verteidigung des Landes erwartet. Nach Annahme dieser Initiative schicke der Bürger sie aber ins Gefecht ohne jeden Schutz gegen Angriffe aus der Luft.

Der Zürcher EVP-Vertreter Dünki wollte deshalb als Gegenentwurf nur den Kauf der F/A-18 zur Abstimmung bringen, damit sich der Bürger zwar gegen dieses Flugzeug, aber gleichzeitig gegen das nicht zu verantwortende Modernisierungsmoratorium aussprechen könne. Der Walliser Christlichdemokrat Epiney wiederum schlug als alternativen Gegenvorschlag die Beschaffung von Kampfflugzeugen nur für die Pilotenschulung vor. Sein eigener Fraktionssprecher, der Luzerner Leu, sprach sich indessen für einen klaren Entscheid und gegen alle Halbheiten aus. (Aus den Neuen Züricher Zeitung)

Fakten zur Flugzeugbeschaffung – Absichten der GSoA

emd. Die «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» (GSoA) will nicht nur die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge verhindern – sie will nach wie vor die Armee ganz abschaffen.

Die Annahme der Initiative verunmöglicht nicht nur den vom Parlament beschlossenen Kauf von 34 neuen Flugzeugen. Mit dem Moratorium würde bis zum Ende des Jahrhunderts generell verhindert, dass die Schweiz ihre Flugwaffe erneuern kann.

Ohne Unterstützung durch moderne Krampfflugzeuge kann unsere Armee ihre Aufgabe nicht erfolg-

reich erfüllen. Die meisten Länder Europas werten ihre Luftwaffe qualitativ auf.

Bei dem von den eidgenössischen Räten beschlossenen Kauf neuer Kampfflugzeuge handelt es sich um eine ganz normale Ersatzbeschaffung. 130 veraltete Flugzeuge werden durch 34 leistungsfähigere ersetzt.

Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge belastet die Bundeskasse

nicht zusätzlich. Der Kauf oder Nichtkauf hat keinen Einfluss auf Steuern, Sozialwerke wie AHV, Entwicklungshilfe usw.

Die neuen Kampfflugzeuge haben eine Einsatzdauer von ungefähr 30 Jahren. Bezogen auf ein Nutzungsjahr, beträgt der Beschaffungsaufwand somit lediglich 120 Millionen Franken. Das Bundesbudget wird mit weniger als 0,5 Prozent belastet.

Die Schweizer Industrie wird sich mit einem Auftragsvolumen von etwa 310 Millionen Franken direkt an der Produktion der 34 F/A-18 beteiligen können. Zudem werden ihr Ausgleichsgeschäfte ausserhalb des Rüstungsbereichs im Umfang von über 2000 Millionen Franken eröffnet. Dies führt in der Schweiz zur Sicherung der Auslastung Tausender von Arbeitsplätzen über rund zehn Jahre hinweg.

Fast-Kollision von Delsberg: Expertenbericht übt Kritik «Tafilir» war ein Fehleinkauf

(sda) Die Beschaffung des Radarsystems «Tafilir» Mitte der achtziger Jahre für die Schweizer Luftwaffe war aus heutiger Sicht ein Fehler. Ein Expertenbericht des EMD kommt zum Schluss, dass das 254 Millionen Franken teure System nicht kriegstauglich ist und grosse technische Mängel aufweist. «Tafilir» war beteiligt an der Fast-Kollision eines Tiger-Kampffjets mit einem Swissair-Airbus bei Delsberg am 5. März dieses Jahres.

Nach dem knapp vermiedenen Zusammenstoss bei Delsberg hatte Korpskommandant Fernand Carrel als Chef der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen der Truppe sofort verboten, dass «Tafilir» weiter zur Leitung von Kampfflugzeugen eingesetzt wird. Dieses Verbot werde frühestens im Verlauf des kommenden Jahres aufgehoben, sagte Carrel an der Pressekonferenz. Bis dann soll «Tafilir» technisch aufgerüstet und verbessert werden. Wieviel das kosten wird, ist angeblich noch nicht absehbar.

Gravierende Mängel

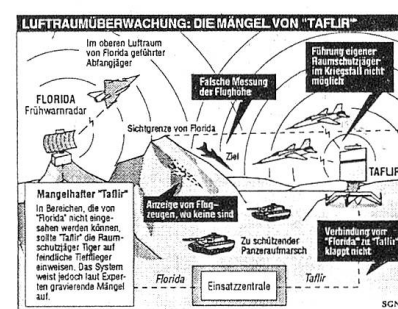
Auch nach der Aufrüstung wird das Radarsystem aber noch gravierende Mängel aufweisen, wie der Bericht von Professor Kurt Bauknecht festhält. So misst «Tafilir» die Flughöhe von Flugzeugen zuweilen mit einem Fehler von bis zu 1500 Metern, und im Kriegsfall könnte es die eigenen Jets nicht

dirigieren. Hin und wieder treten auch sogenannte «Geister-Echos» auf; das heisst, es wird die Präsenz von Flugzeugen angezeigt, wo gar keine sind.

Probleme hat «Tafilir» auch in der Kommunikation mit dem grossräumigen Radarsystem «Florida», zu dessen Ergänzung «Tafilir» angeschafft wurde. Die Radarbilder von «Tafilir» können zwar in «Florida» abgerufen werden, vom grossen zum kleinen System klappt die Verbindung aber nicht.

Villiger will keine Schuldzuweisungen

Der Expertenbericht von Professor Kurt Bauknecht kommt zum Schluss, dass «Tafilir» die ursprünglich gestellten Erwartungen nicht erfüllen kann. EMD-Pressesprecher Daniel Eckmann betonte aber, dass Departementsvorsteher Kaspar Villiger an einer Schuldzuweisung für den «Tafilir»-Kauf nicht



interessiert sei. Auch wenn der Entscheidung von 1985 aus heutiger Sicht wahrscheinlich falsch war, so sei doch nicht alles ein Vergehen, was falsch sei. Die Experten hätten nach dem damaligen Informationsstand einen Ermessensentscheid getroffen. Professor Bauknecht als Autor des Berichts war auch Mitglied jener Expertengruppe, die den «Tafilir»-Kauf vorbereitete.

Das EMD will vor allem im Hinblick auf den Kauf eines neuen Radarsystems sicherstellen, dass gemachte Fehler nicht wiederholt werden. Eine Projektgruppe um Rüstungschef Toni Wicki soll die nötigen Lehren einfließen lassen, wenn «Florida» ersetzt wird. Das Nachfolgesystem heisst «Florako», wird laut Wicki um die 500 Millionen Franken kosten und dürfte in den Jahren 1996 bis 1999 beschafft werden. Mit diesem neuen System werde «Tafilir» problemlos kompatibel sein, betonte Wicki.